Bericht über das Geschäftsjahr

HUK-COBURG-Krankenversicherung AG



36. Geschäftsjahr

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin
Professor im Institut für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, Köln, Vorsitzender
Prof. Dr. Hans-Peter Mehring
Professor im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln i. R., Düsseldorf, stv. Vorsitzender,

bis 21.06.2024

Dr. Edmund Schwake stv. Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot & Württembergische AG i. R., Weissach, stv. Vorsitzender

seit 21.06.2024

Thomas Bechtle Gesamtbetriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Hannover, seit 21.06.2024

Silvia Bernreuther Betriebsratsvorsitzende der HUK-COBURG, Coburg

Dr. Claus-Michael Dill Vorstandsvorsitzender der AXA Konzern AG / Damp Holding AG i. R., Murnau am Staffelsee, bis 21.06.2024

Henrik FalkVorstandsvorsitzender der Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin, seit 21.06.2024Carsten Knauerfreigestellter Betriebsrat der HUK-COBURG, Neustadt, bis 21.06.2024

Annemarie König Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Celle a. D., Wertach, bis 21.06.2024

Barbara Saunier Geschäftsführerin der Beiersdorf Shared Services GmbH i. R., Dahme

Prof. Dr. Meike Tilebein
Universitätsprofessorin an der Universität Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, seit 21.06.2024
Prof. Dr. Michaele Völler
Professorin im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln, Köln, seit 21.06.2024

Adrian Zinke stv. Betriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Niederfüllbach

Beirat

Heinz-Werner KramerDiplomtheologe, Freiburg, VorsitzenderDr. Bernd HalstenbergDiplomkaufmann, Berlin, stv. Vorsitzender

Norbert BachmannRegierungsrat, RheurdtElke CäsarDipl.-Finanzwirtin, Wachtberg

Prof. Dr. Anastasia Danilov Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Köln, seit 21.06.2024

Dr. Anne DebusMinisterialrätin, ErfurtDr. Ulf GarbotzMinisterialrat, Remagen

Christiane GießLeitende Regierungsdirektorin, DuisburgDr. Stefan JordanLeitender Kriminaldirektor, Taunusstein

Prof. Dr. Dr. Peter Herbert Kann Universitätsprofessor der Philipps-Universität Marburg, Marburg

Michael Laub Versicherungsfachmann, Hauptmann a. D., Ruschberg
Nico Lützel Dipl. oec., Controller am Universitätsklinikum Tübingen, Tübingen

Christiane Meißner Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), Kriminaloberkommissarin a. D., Wildeck Richelsdorf

Dr. Jörg Oltrogge Geschäftsführer Landesbetrieb Verkehr i. R., Hamburg

Angelika Pendzich-von Winter Ministerialdirigentin, Kleinmachnow

Dr. Rupert Pritzl Regierungsdirektor, Eurasburg

Daniela SchuberthReferentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MdL Holger Dremel, Scheßlitz, seit 21.06.2024Prof. Dr. Meike TilebeinUniversitätsprofessorin an der Universität Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, bis 21.06.2024Prof. Dr. Michaele VöllerProfessorin im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln, Köln, bis 21.06.2024

Klaus Wittmann Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Schemfeld

Vorstand

Klaus-Jürgen Heitmann

Stefan Gronbach Dr. Hans Olav Herøy Dr. Helen Reck Dr. Jörg Rheinländer Thomas Sehn Daniel Thomas Sprecher

Verantwortliche Aktuarin

Antje Jabbour

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Prof. Dr. Mirko KraftProfessor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg, Coburg, Treuhänder

Prof. Dr. Uwe Demmler Professor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg, Untersiemau, stv. Treuhänder

Berichtsjahr im Überblick

Das Berichtsjahr war geprägt durch einen leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Verbindung mit einer weiterhin anhaltenden, gegenüber den Vorjahren aber geringeren Inflation. Der Kapitalmarkt zeigte sich 2024 weitestgehend stabil und war geprägt von einer positiven Entwicklung an den Aktienmärkten und durch einen leichten Zinsrückgang.

Trotz aller Widrigkeiten konnte die HUK-COBÙRG-Krankenversicherung ein solides Bestandswachstum erzielen. Der Bestand nach Monatssollbeiträgen wuchs um 5,7 % auf 154,2 Mio. €, die Zahl der vollversicherten Personen um 618 auf 426.532. Die Beitragseinnahmen stiegen auf 1.825,6 (Vorjahr: 1.728,0) Mio. €. Das Kapitalanlageergebnis belief sich auf 224,9 (Vorjahr: 237,6) Mio. €. Das Geschäftsergebnis erreichte 44,0 (Vorjahr: 88,7) Mio. €. Vom Geschäftsergebnis werden 33,2 (Vorjahr: 71,5) Mio. € der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und 7,0 (Vorjahr: 8,3) Mio. € der erfolgsunabhängigen RfB zugeführt. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit der HUK-

COBURG-Krankenversicherung betrug 17,5 (Vorjahr: 13,2) Mio. €. Nach Steuern wurde ein Gewinn von 3,9 (Vorjahr: 8,9) Mio. € ausgewiesen.

Tatsächliche Entwicklung im Berichtsjahr im Vergleich zur Prognose des Vorjahres

Im Folgenden wird die tatsächliche Entwicklung wesentlicher Leistungsindikatoren im Berichtsjahr den im Vorjahr berichteten Prognosen im Rahmen des qualifiziert-komparativen Abgleichs gemäß des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 20 (DRS 20) gegenübergestellt. Die Aussagen leiten sich aus dem Orientierungsrahmen mit definierten Schwellen zur Einschätzung der Wesentlichkeit von Änderungen ab. Im Falle signifikanter Abweichungen werden die Einflussgrößen unter der Tabelle dargestellt.

Tatsächliche Entwicklung im Berichtsjahr im Vergleich zur Prognose des Vorjahres ¹					
Leistungsindikatoren	Prognose Vorjahr	lst Berichtsjahr			
Bestand nach Monatssollbeitrag	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg			
Gebuchte Bruttobeiträge	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg			
Ergebnis aus Kapitalanlagen	deutlicher Rückgang	Vorjahresniveau			
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	Vorjahresniveau	deutlicher Anstieg			
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg			

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen war zwar rückläufig, lag aber infolge höherer laufender Erträge deutlich über den geplanten Werten und erreichte gemäß der Interpretation der definierten Schwellen die Ausprägung "Vorjahresniveau". Die Aufwendungen für Versicherungsfälle fielen im Zuge der gestiegenen Leistungsantragseingänge und der allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen deutlich höher als geplant aus.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Umfang des Geschäftsbetriebes

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung betreibt unverändert in der Bundesrepublik Deutschland die folgenden Versicherungsarten:

- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Ergänzende Pflegezusatzversicherung
- Geförderte Pflegevorsorgeversicherung
- Pflegepflichtversicherung
- Beihilfeablöseversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung

Die übergreifenden Unternehmensfunktionen innerhalb der HUK-COBURG Versicherungsgruppe werden in der Konzern-Obergesellschaft HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg, Coburg, (HUK-COBURG) ausgeführt.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung gehört dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. sowie dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. an.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Berichtsjahr ergab sich insgesamt ein weitgehend stabiles rechtliches Umfeld, wobei eine hohe Unsicherheit bezüglich des Zeitpunktes der nationalen Umsetzung der im Vorjahr in Kraft getretenen EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) und der Konsequenzen ihrer Nichtumsetzung bestand.

Der aufsichtsrechtliche Rahmen für Versicherungsunternehmen unterliegt der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung durch die europäischen und nationalen Institutionen.

Im Berichtsjahr wurde die geänderte Solvabilität-II-Richtlinie auf europäischer Ebene verabschiedet. Ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens sind die Änderungen innerhalb von 24 Monaten in der nationalen Gesetzgebung zu verankern. Nach Konkretisierung der Anforderungen durch Delegierte Rechtsakte und Leitlinien wird die aufsichtsrechtliche Berichterstattung voraussichtlich ab 2027 nach den neuen Regelungen zu erstellen sein.

Nach der fehlenden nationalen Umsetzung der CSRD bestehen grundsätzlich die Anforderungen aus dem bisherigen Rechtsrahmen gemäß §§ 289b und 289e HGB (NFRD) fort und die HUK-COBURG-Krankenversicherung unterlag im Berichtsjahr – wie in den Vorjahren – nicht der NFRD-Berichtspflicht. Nach Umsetzung der CSRD auf Basis des vorliegenden Entwurfs des CSRD-Umsetzungsgesetzes fällt sie als große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB grundsätzlich unter die CSRD-Berichtspflicht. Da sie jedoch in die konsolidierte Nachhaltigkeitserklärung des Konzerns einbezogen wird, ist sie von der Erstellung einer eigenen Erklärung befreit.

Die nächsten Jahre stehen im Zeichen des Monitorings sowie der sukzessiven Analyse und Umsetzung geänderter und teilweise noch zu konkretisierenden Rechtsgrundlagen.

Ab 2025 gelten die Regeln des Digital Operational Resilience Act (DORA), der die europäischen Finanzunternehmen weniger anfällig für IT-Risiken machen soll. Dieses Regelwerk ist besonders wichtig für den Finanzsektor, einschließlich Versicherungsunternehmen, da es darauf abzielt, die Risiken von Cyberangriffen und IT-Störungen zu verringern.

Marktsituation

Die deutsche Wirtschaft ist 2024 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) anhand erster Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) real um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Eine erhoffte Belebung durch den privaten Konsum blieb trotz kräftig gestiegener real verfügbarer Einkommen aus. Die privaten Haushalte legten ihre Einkommen weiterhin vermehrt zurück. Die Sparquote belief sich auf 11,6 %. Dies sind 1,2 Prozentpunkte mehr als noch im Vorjahr. Lässt man die stark von den Folgen der Corona-Pandemie betroffenen Jahre 2020 und 2021 außer Acht, sparten die privaten Haushalte insgesamt so stark wie seit Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr.

Die deutsche Versicherungswirtschaft insgesamt verzeichnete nach vorläufigen Branchenangaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) im Geschäftsjahr 2024 ein um 5,3 % auf 238,3 Mrd. € gestiegenes Prämienvolumen.

Die private Krankenversicherung (Krankenversicherung und Pflegepflichtversicherung) sah sich mit den bekannten Herausforderungen, wie der stetig steigenden Versicherungspflichtgrenze oder dem Rückgang selbstständiger Tätigkeit, konfrontiert. Die Entwicklung der Beitragseinnahmen war insbesondere von Tarifanpassungen geprägt. Nach Einschätzung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) erhöhten sich die gesamten Prämieneinnahmen branchenweit um 6,3 % auf 51,7 Mrd. €. Positive Wachstumsimpulse auf das Beitragswachstum in der privaten Krankenversicherung ergaben sich zudem aufgrund einer weiterhin hohen Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen. Wachstumschancen ergaben sich beispielsweise bei stationären Wahlleistungen und Zahnzusatzleistungen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Neugeschäft

Trotz schwieriger Marktbedingungen hat sich das Neugeschäft aus Sicht des Vorstandes erfreulich entwickelt und liegt nochmals über dem Vorjahresniveau. Im Bereich der Krankheitskostenvollversicherung konnten geringe Zuwächse erzielt werden und das Zusatzversicherungsgeschäft blieb trotz des Rückgangs insgesamt auf hohem Niveau. Im Berichtsjahr konnte die HUK-COBURG-Krankenversicherung (im policierten Neugeschäft inklusive Nachversicherungen) 252.888 versicherte Personen (-3,7 %) mit einem Monatssollbeitrag von 3,7 Mio. € (+2,9 %) als neue Kundinnen und Kunden gewinnen. Bei den Voll- und Zusatzversicherungen belief sich das Neugeschäft auf 73.636 versicherte Personen (-6,7 %) mit einem Monatssollbeitrag von 3,2 Mio. € (+2,3 %). In der Pflegepflichtversicherung steuerten 11.105 (+2,6 %) neue Kundinnen und Kunden einen Monatssollbeitrag von 0,3 Mio. € (+23,0 %) bei. Bei den besonderen Versicherungsformen, die die Beihilfeablöseversicherung und die Auslandsreisekrankenversicherung umfassen, verminderte sich das Neugeschäft auf 168.147 versicherte Personen (-2,8 %) bei einem Monatssollbetrag von 0,2 Mio. € (-7,4 %). Das Neugeschäft war vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen insgesamt zufriedenstellend.

Bestandsentwicklung

Der Bestand (ohne Pflegepflichtversicherung und besondere Versicherungsformen) betrug zum Jahresende 1.183.228 versicherte Personen mit einem Monatssollbeitrag von 129,7 Mio. €, was einem Zuwachs von 3,1 % bei den versicherten Personen bzw. 5,3 % beim Monatssollbeitrag entspricht. Hierbei entfielen auf die Krankheitskostenvollversicherung 426.532 versicherte Personen (+0,1 %) mit einem Monatssollbeitrag von 105,6 Mio. € (+5,4 %), auf die Krankentagegeldversicherung 73.678 versicherte Personen (-2,4 %) mit einem Monatssollbeitrag von

1,8 Mio. € (-2,4 %), auf die Krankenhaustagegeldversicherung 103.267 versicherte Personen (+0,2 %) mit einem Monatssollbeitrag von 0,5 Mio. € (-10,9 %) und auf die Krankheitskostenteilversicherung 701.084 versicherte Personen (+5,4 %) mit einem Monatssollbeitrag von 17,8 Mio. € (+6,3 %) sowie auf die Ergänzende Pflegezusatzversicherung 53.004 versicherte Personen (+1,6 %) mit einem Monatssollbeitrag von 2,7 Mio. € (+6,8 %) und auf die Geförderte Pflegevorsorge 17.564 versicherte Personen (-0,6 %) mit einem Monatssollbeitrag von 1,3 Mio. € (-2,0 %).

Die Zahl der Verträge in der Krankenversicherung (ohne besondere Versicherungsformen) erhöhte sich um 3,9 % auf 1.002.409.

Der Bestand in der Pflegepflichtversicherung erreichte zum Ende des Berichtsjahres 449.230 (-0,1 %) versicherte Personen mit einem Monatssollbeitrag von 19,9 Mio. € (+12,0 %), bei 306.002 (+0,7 %) Verträgen.

Der Bestand der besonderen Versicherungsformen stieg bis Ende 2024 auf 1,6 Mio. Verträge mit 2,4 Mio. versicherten Personen bei einem gesunkenen Monatssollbeitrag von 4,5 Mio. €. Das entspricht einer Erhöhung von 1,1 % bei den Verträgen sowie 1,0 % bei den versicherten Personen. Der gesunkene Monatssollbetrag entspricht einer Minderung von -6,3 %, was auf planmäßig auslaufende Verträge im Bereich der Beihilfeablöseversicherung zurückzuführen ist.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge stiegen 2024, aufgrund von Beitragsanpassungen und dem gestiegenem Neugeschäft, um 5,6 % auf 1.825,6 Mio. €. Darin enthalten sind Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung in Höhe von 1.250,1 (Vorjahr: 1.190,4) Mio. €, für die Krankentagegeldversicherung in Höhe von 21,8 (Vorjahr: 22,4) Mio. €, für die Krankenhaustagegeldversicherung in Höhe von 5,7 (Vorjahr: 6,2) Mio. €, für die Krankheitskostenteilversicherung in Höhe von 204,5 (Vorjahr: 190,1) Mio. €, für die Pflegepflichtversicherung in Höhe von 237,8 (Vorjahr: 211,4) Mio. €, für die Ergänzende Pflegezusatzversicherung in Höhe von 31,6 (Vorjahr: 29,8) Mio. €, für die Geförderte Pflegevorsorge in Höhe von 15,4 (Vorjahr: 15,6) Mio. €, für die Beihilfeablöseversicherung in Höhe von 32,6 (Vorjahr: 37,3) Mio. € und für die Auslandsreisekrankenversicherung in Höhe von 26,1 (Vorjahr: 24,9) Mio. €.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen insgesamt um 8,1 % auf 1.296,7 (Vorjahr: 1.199,6) Mio. €. Die Leistungsauszahlungen erhöhten

sich spürbar im Zuge von Bestandswachstum und -alterung (z. B. langfristig häufigere und schwerere Krankheiten) sowie durch allgemeine Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Es entfielen auf die Krankheitskostenvollversicherung 987,4 (Vorjahr: 909,0) Mio. \in , auf die Krankentagegeldversicherung 19,5 (Vorjahr: 20,9) Mio. \in , auf die Krankenhaustagegeldversicherung 3,5 (Vorjahr: 3,5) Mio. \in , auf die Krankheitskostenteilversicherung 151,1 (Vorjahr: 141,6) Mio. \in , auf die Pflegepflichtversicherung 56,7 (Vorjahr: 50,3) Mio. \in , auf die Ergänzende Pflegezusatzversicherung 10,1 (Vorjahr: 7,3) Mio. \in und auf die Geförderte Pflegevorsorge 9,1 (Vorjahr: 8,9) Mio. \in . Der Anteil der besonderen Versicherungsformen betrug 59,3 (Vorjahr: 58,2) Mio. \in . Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle nahm im Berichtsjahr um 36,1 (Vorjahr: 26,0) Mio. \in zu.

Die Schadenquote – berechnet nach dem PKV-Kennzahlenkatalog – erhöhte sich von 91,7 % auf 94,0 %.

Entwicklung der Deckungsrückstellung

Die Aufwendungen für die Dotierung der Deckungsrückstellung beliefen sich im Berichtsjahr auf 671,6 (Vorjahr: 630,0) Mio. \in . Die Deckungsrückstellung erhöhte sich dadurch auf 10.433,0 (Vorjahr: 9.761,4) Mio. \in . Hierin enthalten waren zusätzliche Mittel zur Ermäßigung der Beiträge für ältere Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer in Höhe von 182,3 (Vorjahr: 167,1) Mio. \in .

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für Abschlusskosten betrugen im Berichtsjahr 51,8 (Vorjahr: 56,5) Mio. €. Die Abschlusskostenquote sank von 3,3 % im Vorjahr auf 2,8 %. Die Verwaltungskosten betrugen 15,9 (Vorjahr: 16,8) Mio. €, sodass die Verwaltungskostenquote von 1,0 % auf 0,9 % gefallen ist.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Der Kapitalmarkt zeigte sich 2024 weitestgehend stabil und war geprägt von einer positiven Entwicklung an den Aktienmärkten und durch einen leichten Zinsrückgang.

Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen belief sich im Berichtsjahr auf 255,2 (Vorjahr: 217,3) Mio. €, insbesondere beeinflusst durch den Anstieg der Erträge aus anderen Kapitalanlagen. Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen erhöhte sich auf 2,4 (Vorjahr: 2,2) %.

Das Kapitalanlageergebnis verminderte sich von 237,6 Mio. € im Vorjahr auf 224,9 Mio. €. Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen erreichte 255,2 (Vorjahr: 217,3) Mio. €.

Kapitalanlagen						
	Bilanzwei	rt 2024	Bilanzwe	Bilanzwert 2023		rungen
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Anteile an verbundenen Unternehmen	39,4	0,4	39,4	0,4	± 0,0	± 0,0
Beteiligungen	10,8	0,1	10,8	0,1	± 0,0	± 0,0
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen						
und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.428,2	30,9	3.265,7	31,4	+ 162,4	+ 5,0
Inhaberschuldverschreibungen und andere						
festverzinsliche Wertpapiere	5.067,6	45,6	4.570,1	44,0	+ 497,5	+ 10,9
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuld-						
forderungen	40,4	0,4	18,0	0,2	+ 22,4	+ 124,7
Namensschuldverschreibungen	1.773,0	16,0	1.770,8	17,0	+ 2,2	+ 0,1
Schuldscheinforderungen und Darlehen	748,7	6,7	719,5	6,9	+ 29,2	+ 4,1
Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	± 0,0	- 100,0
Gesamt	11.108,1	100,0	10.394,4	100,0	+ 713,7	+ 6,9

Die Zuschreibungen beliefen sich auf 6,5 (Vorjahr: 47,7) Mio. €. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergaben sich Gewinne in Höhe von 5,2 (Vorjahr: 6,1) Mio. €.

Abschreibungen auf Kapitalanlagen wurden in Höhe von 39,8 (Vorjahr: 22,6) Mio. € vorgenommen. Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen betrugen 2,2 (Vorjahr: 10,8) Mio. €. Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Kapitalanlagen auf 47,6 (Vorjahr: 38,5) Mio. €.

Die Kapitalanlagen der HUK-COBURG-Krankenversicherung wuchsen im Berichtsjahr um 713,7 Mio. € bzw. 6,9 % (Vorjahr: 547,0 Mio. € bzw. 5,6 %) auf 11.108,1 Mio. €. Mit 45,6 % waren die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere die größte Anlageposition. 30,9 % der Kapitalanlagen waren in Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, 16,0 % in Namensschuldverschreibungen investiert.

Die Vermögensstruktur war unverändert gegenüber dem Vorjahr geprägt durch Kapitalanlagen, die im Wesentlichen durch Eigenkapital und versicherungstechnische Rückstellungen finanziert wurden. Der laufende Liquiditätsbedarf ist grundsätzlich aus dem Versicherungsgeschäft heraus gedeckt und wurde bei der Anlageplanung berücksichtigt.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug 2,1 (Vorjahr: 2,4) %

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis der HUK-COBURG-Krankenversicherung belief sich im Berichtsjahr auf 44,0 (Vorjahr: 88,7) Mio. €.

Vom Geschäftsergebnis werden 33,2 (Vorjahr: 71,5) Mio. € der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und 7,0 (Vorjahr: 8,3) Mio. € der erfolgsunabhängigen RfB zugeführt. Die RfB-Zuführungsquote belief sich damit auf 1,8 (Vorjahr: 4,1) %.

Aus der erfolgsabhängigen RfB wurden 50,7 (Vorjahr: 44,6) Mio. € zur Limitierung von Beitragserhöhungen verwendet. Der Entnahmeanteil für Einmalbeiträge belief sich auf 51,6 (Vorjahr: 47,9) %. 47,6 (Vorjahr: 48,5) Mio. € wurden an die Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer ausgeschüttet, was einem Entnahmeanteil für Barausschüttung von 48,4 (Vorjahr: 52,1) % entsprach. Die RfB erreicht damit ein Gesamtvolumen von 234,4 (Vorjahr: 297,2) Mio. €. Die RfB-Quote verringerte sich von 16,5 % im Vorjahr auf 12,0 %.

Die Überschussverwendungsquote lag im Berichtsjahr bei 94,1 (Vorjahr: 92,9) %.

Gesamtergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis stieg von 18,9 Mio. € auf 20,2 Mio. €. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote sank von 4,1 % auf 2,3 %. Das Ergebnis vor Steuern betrug 17,5 (Vorjahr: 13,2) Mio. €. Nach Steuern wurde ein Jahresüberschuss von 3,9 (Vorjahr: 8,9) Mio. € ausgewiesen.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr von 182,0 Mio. € auf 185,9 Mio. €. Die Eigenkapitalquote, bezogen auf die verdienten Beiträge, erreichte einen Wert von 10,2 (Vorjahr: 10,5) %.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die HUK-COURG-Krankenversicherung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland ist im Berichtsjahr preisbereinigt im zweiten Jahr in Folge leicht zurückgegangen und hat damit zu einer Stagnation des Marktpotenzials der Versicherungswirtschaft beigetragen. Strukturelle Herausforderungen verzögern die wirtschaftliche Erholung in Deutschland.

Die Krankenversicherung zeigte sich im Berichtsjahr insgesamt stabil. Im Bestand der Voll- und Zusatzversicherung war ein Anstieg nach Monatsbeiträgen und versicherten Personen zu verzeichnen. Aufgrund der allgemeinen Kostensteigerung im Gesundheitswesen kommt es zu höheren Leistungsausgaben. Durch die deutliche Anhebung der Jahresentgeltgrenze wird der Zugang zur privaten Krankenversicherung erschwert. Die Nachfrage nach Krankenversicherungsprodukten wird jedoch, unter anderem vor dem Hintergrund der Erhöhung der GKV-Zusatzbeiträge, erwartungsgemäß weiter stark bleiben.

Die Kapitalmärkte wiesen trotz der geopolitischen Unsicherheiten, beispielsweise des Nahostkonflikts, des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, des Risikos eines Konflikts zwischen China und Taiwan sowie der Folgen des Wahlausgangs in den USA, deutliche Kursanstiege zum Jahresende auf. Im Immobilienbereich kam es dagegen marktweit zu Marktwertrückgängen. Vor dem Hintergrund sinkender Inflationsraten sowie der schwachen Konjunktur- und Konsumdaten leitete die Europäische Zentralbank sukzessive Leitzinssenkungen ein. Infolge des rückläufigen Zinsniveaus im Berichtsjahr erhöhten sich die Marktwerte der festverzinslichen Kapitalanlagen im Bestand.

Die Vorgaben der Risikostrategie wurden im gesamten Berichtsjahr eingehalten und die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Eigenmittel des Unternehmens gehen deutlich über die Kapitalanforderungen hinaus. Sie gewährleisten ein hohes Sicherheitsniveau und ermöglichen auch im Hinblick auf die Zukunft unternehmerische Handlungsspielräume.

Allgemeine Angaben zum Governancesystem

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung ist Teil der HUK-COBURG Versicherungsgruppe und in deren strategischen und organisatorischen Rahmen eingebunden. Die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie definiert das gruppenweit einheitliche Grundverständnis für das Eingehen, die Überwachung sowie die Steuerung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten.

An der Spitze der HUK-COBURG Versicherungsgruppe steht das Mutterunternehmen HUK-COBURG, das das Versicherungsgeschäft nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit betreibt. Nach diesem Grundsatz arbeiten auch alle Tochtergesellschaften der Versicherungsgruppe. Entsprechend wurden Struktur, Rolle und Verantwortungsbereich der Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane festgelegt. Alle im Rahmen des Versicherungsbetriebs erforderlichen Funktionen wurden an die HUK-COBURG ausgelagert. Insbesondere sind die vier Schlüsselfunktionen Compliance-, Risikomanagement- und Versicherungsmathematische Funktion sowie Funktion der internen Revision mit einem entsprechenden Verantwortungs- und Aufgabenbereich zentral bei der HUK-COBURG eingerichtet und werden durch die bestellten und der BaFin angezeigten Ausgliederungsbeauftragten überwacht.

Die unternehmensspezifischen Kriterien für Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde aller Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, sind in einer Leitlinie dokumentiert. Durch die strikte Überprüfung und Einhaltung dieser Kriterien wird die Erfüllung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit sichergestellt.

Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Das Risikomanagementsystem verfolgt als oberstes Ziel den verantwortungsvollen Umgang mit Risiken, um die dauerhafte Sicherung der HUK-COBURG-Krankenversicherung und ihrer Unabhängigkeit sowie die Erhaltung ausreichender Sicherheitsmittel zu gewährleisten und damit die dauerhafte Erfüllung der Verpflichtungen und Leistungsversprechen gegenüber den Kundinnen und Kunden sicherzustellen. Hierzu ist es notwendig, dass alle bestehenden und zukünftig zu erwartenden Risiken erkannt und einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen werden. Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung und Ausgestaltung dieses Prozesses ist die Risikomanagement-Funktion.

Die Risiken der HUK-COBURG-Krankenversicherung werden in den Fachbereichen dezentral erfasst und durch das zentrale Risikomanagement in einem Risikobestandsführungssystem konsistent zusammengeführt. Neue Risiken werden laufend identifiziert, bestehende Risiken aktualisiert und alle Risiken regelmäßig auf Wesentlichkeit geprüft. Mit allen Funktionsbereichen und Abteilungen werden Risikogespräche geführt, in denen insbesondere operationelle, strategische und Reputationsrisiken diskutiert und eingeschätzt werden. Grundlage für die Gespräche ist der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken und damit die Förderung der Risikokultur.

Die Bewertung der Risiken innerhalb der HUK-COBURG-Krankenversicherung erfolgt aus regulatorischer und ökonomischer Sicht.

Für die regulatorische Betrachtung wird die Solvabilitätskapitalanforderung gemäß der Solvabilität-II-Standardformel berechnet. Aus ökonomischer Sicht erfolgt die Bewertung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (englisch: Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA). Diese bildet die Basis für ein ganzheitliches Risikomanagementsystem und umfasst die Bewertung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft, des spezifischen Risikoprofils, der Risikotoleranz und der festgelegten Risikotoleranzschwellen. Einen weiteren Bestandteil des ORSA stellen die Durchführung von Stresstests und Sensitivitätsanalysen sowie die Beurteilung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eigenmittel und versicherungstechnische Rückstellungen dar. Die Beurteilung der Wesentlichkeit von Abweichungen des Risikoprofils der HUK-COBURG-Krankenversicherung von den Annahmen, die der Berechnung der Standardformel zugrunde liegen, ist ebenfalls Inhalt des ORSA.

Den Rahmen für die Risikosteuerungsaktivitäten bildet das vom Vorstand vorgegebene Limitsystem. Dieses setzt sich aus aufsichtsrechtlichen Kennzahlen, Kennzahlen zur Wahrung der Risikotoleranz, Steuerungs- und Controllingkennzahlen sowie strategischen Kennzahlen auf operativer Ebene zusammen. Sämtliche Kennzahlen werden mit einem Ampelsystem verfolgt. Dieses System bildet die Basis für eine systematische Überwachung und Steuerung der Risiken und der Risikolage der HUK-COBURG-Krankenversicherung. Oberstes Ziel ist die jederzeitige Gewährleistung der Risikotragfähigkeit.

Die von der Risikomanagement-Funktion erstellten Berichte zur Risikoüberwachung informieren die Entscheidungsträger und den Aufsichtsrat unterjährig über die Entwicklung der wesentlichen Risiken sowie der im Limitsystem festgelegten Kennzahlen.

Die Berichte zu Limitfestsetzung und konsolidiertem Risikobestand sowie die Ergebnisse des ORSA-Prozesses fließen in den ORSA-Bericht ein und enthalten bei Bedarf sich daraus ergebende Maßnahmenvorschläge.

Risikoprofil

Das Risikoprofil der HUK-COBURG-Krankenversicherung wird im Wesentlichen von den Risikokategorien Markt- und versicherungstechnische Risiken bestimmt. Darüber hinaus werden zur Einschätzung der Lage der Gesellschaft Liquiditäts- und Ausfallrisiko, operationelle, strategische und Reputationsrisiken betrachtet.

Des Weiteren berücksichtigt die HUK-COBURG-Krankenversicherung in ihrem Risikomanagementsystem Nachhaltigkeitsrisiken, die sich aus der ESG-Strategie ableiten. Derartige Risiken umfassen Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte und können auf Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und die Reputation der Gesell-

schaft wirken. Nachhaltigkeitsrisiken stellen keine eigene Risikokategorie dar, sondern realisieren sich in verschiedenen Risikokategorien, insbesondere im versicherungstechnischen Risiko, dem Marktrisiko, den Reputationsrisiken und den strategischen Risiken. Sie können dabei als transitorische Risiken durch die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Kreislaufwirtschaft mittels politischer Maßnahmen (Kohleausstieg, CO₂-Besteuerung), zu hoher Investitionskosten (Gebäudesanierung) oder mittels neuer Technologien (Elektromobilität) entstehen. Im Rahmen des ORSA werden Klimastresstests für materielle Nachhaltigkeitsrisiken durchgeführt.

Chancen und Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Ziel der HUK-COBURG-Krankenversicherung ist es, den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland ein ausschließlich an ihrem Bedarf ausgerichtetes Versicherungsangebot zu günstigen Konditionen in Leistung, Preis und Service anzubieten. Die Gesellschaft legt Wert auf verständliche Produkte mit risikogerechten und fair kalkulierten, günstigen Preisen. Die ausgeprägte Kundenorientierung und die hohe Mitarbeiterflexibilität tragen dazu bei, dass die HUK-COBURG-Krankenversicherung schnell auf geänderte Bedarfe am Markt reagieren kann. Gleichzeitig ist es selbstverständlich, dass das Unternehmen den Kundinnen und Kunden bei Vertragsangelegenheiten und im Leistungsfall als verlässlicher Partner zur Seite steht. Mit dieser strategischen Ausrichtung sieht sich die Gesellschaft am Versicherungsmarkt hervorragend aufgestellt und kann an Chancen, die der Markt in der Sparte Krankenversicherung bietet, umfangreich partizipieren.

Ziel der Krankenversicherung ist es, der Zielgruppe ein geeignetes und bedarfsgerechtes Produktspektrum anzubieten. Durch Mitbewerbervergleiche und die Auswertung von Marktforschungs- und Ratingergebnissen wird dies regelmäßig überprüft. Bei Produktvergleichen werden Top-Platzierungen angestrebt, zusätzlich profitieren die Kundinnen und Kunden von einer attraktiven Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit sowie einer guten Beitragsstabilität. Bei erforderlichen Beitragsanpassungen wird eine offene und transparente Kommunikation angestrebt. Positiv wirken sich eine effiziente Risikoprüfung, Bestandsbearbeitung und Leistungsprüfung auf die nachhaltige Ertragskraft aus.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung bietet Versicherungsschutz im Bereich der Krankheitskosten-, der Krankenhaustagegeld-, der Krankentagegeld-, der Pflege- sowie der Beihilfeablöseund der Auslandsreisekrankenversicherung an. Sie bietet Zusatzversicherungen zudem auch im Rahmen einer Kooperation mit der BARMER an.

Aufgrund der mit der Krankenversicherung oft verbundenen langen Laufzeit der Verträge ist eine Bewertung der Verpflichtungen und Risiken grundsätzlich mit einer Reihe von Unsicherheiten verbunden. Diese Unsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus den biometrischen Risiken, d. h. der ungewissen künftigen Inanspruchnahme von Leistungen bei Erkrankung, Erwerbsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit und der Lebenserwartung, wie auch dem Stornoverhalten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer. Externe Faktoren wie die künftige Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen oder Änderungen des gesetzlichen Umfelds können hier maßgeblichen Einfluss haben. Aber auch interne Faktoren wie die Bestandszusammensetzung oder die Kosten des Versicherungsbetriebes können Unsicherheiten verursachen. Die Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft werden im Wesentlichen in den versicherungstechnischen Rückstellungen abgebildet.

Wahlrechte auf Seiten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer in dem Sinne, dass diese einseitig das Leistungsversprechen, die Pflicht zur Beitragszahlung oder die Beitragshöhe des laufenden Vertrages verändern können, bestehen im Wesentlichen bei Tarifwechseln, Anpassungen versicherter Tagegelder an den persönlichen Bedarf und der Nachversicherung von Kindern oder Ehegatten unter bestimmten Voraussetzungen.

Die Versicherungsverträge können von den Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern grundsätzlich im Rahmen der gesetzlichen bzw. vertraglichen Bestimmungen ordentlich gekündigt werden. Sonderkündigungsrechte bestehen für die Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer im Wesentlichen nur bei Beitragsanpassungen. Die Kündigungsmöglichkeiten des Versicherungsverhältnisses durch den Versicherer sind zum Schutze der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer stark eingeschränkt.

Durch die Besonderheit der Krankenversicherung, die einzelnen Tarife einer jährlichen Überprüfung und gegebenenfalls Beitragsanpassung zu unterziehen, werden die mit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verbundenen Unsicherheiten auf relativ kurze Zeiträume beschränkt. Dies gilt insbesondere für die biometrischen Risiken, die Bestandszusammensetzung sowie hinsichtlich inflationärer Entwicklungen.

Die jährliche Überprüfung der Tarife und gegebenenfalls Anpassung der Kalkulations- bzw. Rechnungsgrundlagen und Beiträge ist das zentrale Element bei der Behandlung der Risiken aus dem Krankenversicherungsgeschäft. Dabei wird zunächst geprüft, inwieweit die erforderlichen Leistungen und Sterbewahrscheinlichkeiten noch mit den kalkulierten Werten übereinstimmen. Erreicht eine Abweichung eine bestimmte Größenordnung und ist sie voraussichtlich dauerhaft gegeben, werden die Kalkulationsgrundlagen für Krankheit, Verdienstausfall oder Pflegebedürftigkeit, Sterblichkeit, Storno, Kosten und Zins mit angemessener Vorsicht aktualisiert und die Beiträge, sofern die unabhängige Treuhänderin bzw. der unabhängige Treuhänder dem zustimmt, auch bei den laufenden Verträgen angepasst. Die Erfahrungen aus der Vergan-

genheit belegen, dass durch die Entwicklung der Kosten im Gesundheitsbereich eine Anpassung der Beiträge meist in hinreichend kurzen Zeitabständen möglich ist. Hier bestehen aufgrund des Geschäftsmodells der privaten Krankenversicherung nur geringfügige versicherungstechnische Risiken.

Aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten mussten bei zurückliegenden Beitragsanpassungen über die Jahre hinweg die Rechnungszinsen gesenkt werden. Neben den Steigerungen der Kosten im Gesundheitswesen wirkte dieser Effekt bei Beitragsanpassungen zusätzlich erhöhend auf die Beiträge. Die verbesserte Lage an den Kapitalmärkten wirkt sich nun bei notwendigen Aktualisierungen der Rechnungsgrundlagen mildernd auf die resultierenden Beitragshöhen aus. Die zukünftigen Erwartungen sind mit hohen Unsicherheiten verbunden. Auch existieren noch keine längerfristigen Erfahrungen, wie z. B. Mitbewerber auf die Zinsentwicklungen reagieren und wie dies die eigene Marktposition und die Neugeschäftsentwicklung beeinflussen wird.

Darauf aufbauend erfolgt eine Ermittlung und Bewertung der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und Risiken nach aufsichtsrechtlichen und unternehmenseigenen Vorgaben, wobei auch mögliche Abhängigkeiten zwischen den Risiken berücksichtigt werden. Die Bewertung wird im Wesentlichen getrennt nach der Laufzeit der Verträge, der vorgesehenen Überschussbeteiligung sowie der rechnungsmäßigen Verzinsung der Verpflichtungen vorgenommen. Sowohl die Methoden als auch die verwendeten Daten sind darauf ausgerichtet, die versicherungstechnischen Risiken hinsichtlich der Schwankungen und Veränderungen von Leistungsinanspruchnahme und Kosten auf möglichst vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise zu ermitteln. Dabei werden auch extreme Ereignisse wie z. B. eine Pandemie oder Optionen und Garantien auf Seiten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer berücksichtigt. Risikomindernd wirken sich bei der Bewertung der Risiken die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und die künftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer aus.

Das versicherungstechnische Konzentrationsrisiko ist gering. Es werden keine Spezial- oder Nischenprodukte angeboten. Damit wird eine ausgewogene Mischung an Risiken im Bestand gewahrt. Mit dem aus ganz Deutschland bestehenden Geschäftsgebiet werden zudem lokale Konzentrationen von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern weitgehend vermieden.

Chancen und Risiken aus Kapitalanlagen

Die aktuelle Finanzmarktsituation wie auch die Markterwartungen bilden die Rahmenbedingungen für die Kapitalanlage der Gesellschaft. Dabei werden Faktoren wie Wirtschaftswachstum, Zinspolitik sowie die Preis- und Währungsentwicklung beobachtet. Die Einschätzungen werden ständig überprüft und in die Anlageentscheidung einbezogen. Zielsetzung der Kapitalanlagestrategie ist

es, unter der Nebenbedingung der Kapitalsicherung Erträge zu generieren, um in Verbindung mit der Passivseite die jederzeitige Bedienung der Verpflichtungen sicherzustellen und die Attraktivität der Produkte zu fördern. Bei der Auswahl einzelner Kapitalanlageprodukte werden Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Im Zeitablauf wird ein möglichst stabiles handelsrechtliches Ergebnis angestrebt. Volatilitäten, bezogen auf das Jahresergebnis, sollen begrenzt werden. Mit dieser Anlagestrategie kann die HUK-COBURG-Krankenversicherung an den sich im Finanzsektor bietenden Ertragschancen angemessen partizipieren.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen das Markt- und das Liquiditätsrisiko. Zur Verminderung der Risiken aus Kapitalanlagen besteht eine Reihe von rechtlichen Regelungen, die von der HUK-COBURG-Krankenversicherung in vollem Umfang erfüllt werden. Zur weiteren Verminderung des Anlagerisikos wurden außerdem umfangreiche innerbetriebliche Richtlinien geschaffen, an deren Einhaltung die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden sind. Der grundsätzlich mit höheren Risiken behaftete Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Papieren stellt für die HUK-COBURG-Krankenversicherung keine bedeutende Risikoposition dar, weil Investitionen hauptsächlich im Bereich von Zins Swaps bzw. einfach strukturierter Produkte getätigt werden. Optionen auf Aktienbestände, Devisentermingeschäfte sowie Credit Default Swaps in den Fonds werden hauptsächlich zur Kurssicherung eingesetzt. Futures auf Aktienindizes werden zur Kurssicherung, Beta-Steuerung in aktiv gemanagten Fonds und Quotensteuerung genutzt. Bei den Wertpapieren und Ausleihungen, die mit einer variablen Verzinsung ausgestattet sind, erfolgt überwiegend eine Absicherung durch Zins Swaps. Aus den Sicherungsgeschäften selbst sind zum aktuellen Zeitpunkt keine wesentlichen Risiken zu erkennen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern. Es umfasst Preisrisiken aus Aktien und sonstigen Anteilen, Zins-, Spread- und Immobilienrisiken, Marktrisikokonzentrationen sowie Währungsrisiken.

Zur Steuerung der Marktrisiken dienen der HUK-COBURG-Krankenversicherung die intensive Marktbeobachtung, die Optimierung der Portfoliozusammensetzung und die Simulation der Entwicklung stiller Reserven und Lasten bzw. Abschreibungen. Die Kapitalanlagen der HUK-COBURG-Krankenversicherung weisen zum 31.12.2024 stille Reserven in Höhe von 324,0 Mio. € (Vorjahr: 249,6 Mio. €) und stille Lasten in Höhe von 810,6 Mio. € (Vorjahr: 871,2 Mio. €) auf, die hauptsächlich bei festverzinslichen Wertpapieren und sonstigen Ausleihungen aufgrund des starken Zinsanstiegs im Jahr 2022 aufgetreten sind und zu einer Unterdeckung des Sicherungsvermögens nach Zeitwerten führten. Daraus erge-

ben sich aufgrund einer guten Bonitätseinschätzung der Emittenten kaum unmittelbare bilanzielle Risiken, weil die Papiere überwiegend zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten im Anlagevermögen angesetzt werden. Auf Aktienbestände bestehen keine stillen Lasten. Ein Rückgang der Aktienkurse um 20 % würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 61,5 Mio. € führen. Unter Berücksichtigung getätigter Absicherungen reduzieren sich die Auswirkungen des Kursrückgangs auf 57,9 Mio. €. Bei den festverzinslichen Wertpapieren und sonstigen Ausleihungen würde eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben zu einer Verminderung des Zeitwerts um 638,1 Mio. € führen. Bei einem Zinsanstieg sind auch weitere Abschreibungen möglich, allerdings aufgrund der überwiegenden Bilanzierung zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten im Anlagevermögen in deutlich geringerem Umfang.

Das Zinsrisiko besteht darin, dass der tarifabhängige rechnungsmäßige Zins auf Dauer nicht durch die Kapitalanlageergebnisse erwirtschaftet werden kann. Dieses Risiko ist nur für den Zeitraum bis zur nächsten Beitragsanpassung vorhanden, da der Rechnungszins dabei an die entsprechenden Erfordernisse angepasst werden kann. Bei der Kalkulation eines neuen Tarifes oder einer Beitragsanpassung wird der rechnungsmäßige Zins zudem durch den Aktuariellen Unternehmenszins beschränkt.

Die derzeitige Portfoliostruktur birgt im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere aufgrund des dominierenden Anteils von Emittenten im Investment-Grade-Bereich keine erhöhte Risikoposition. Dies gilt auch für Unternehmensanleihen. Die Bonitätseinstufung der Emittenten wird laufend überwacht. Dazu werden für Unternehmensanleihen die Anteile pro Branche und Emittent begrenzt und die internen Vorgaben hinsichtlich Mischung und Streuung beachtet. Zudem werden im Zeitablauf eingetretene Ratingänderungen beobachtet und in die Steuerung der Anlagestruktur einbezogen.

Anteile der Ratingklassen in %						
	AAA-A	BBB-B	CCC-C	NR		
Festverzinsliche Wertpapiere	73,4	25,4	0,0	1,2		
Sonstige Ausleihungen	81,6	8,3	0,0	10,1		
Gesamt	75,8	20,4	0,0	3,8		

Der Bestand an verzinslichen Anlagen ist breit diversifiziert und mit 93,0 % fast ausschließlich im Investment-Grade-Bereich (AAA-BBB) investiert. 40,3 % des Portfolios bestehen gegenüber staatlichen und staatsgarantierten Emittenten, 23,4 % gegenüber Banken sind durch eine besondere Deckungsmasse geschützt und 36,3 % betreffen Banken und andere Unternehmen ohne besondere Deckungsmasse. Die Risikoexponierung wird laufend beobachtet.

Im Zuge des Übergangs in eine nachhaltige Wirtschaft können Veränderungen einschlägiger Rahmenbedingungen zu Wertverlusten

im Kapitalanlagebestand führen, welche aus der Neubewertung von Aktien und Anleihen aufgrund bislang nicht eingepreister Kosten resultieren und als Nachhaltigkeitsrisiken dem Aktien- bzw. Spreadrisiko zuzuordnen sind.

Die Werthaltigkeit der Immobilien- und Infrastrukturinvestments wird regelmäßig überprüft. Marktrisiken werden im Rahmen der Wertermittlung entsprechend berücksichtigt. Ein Rückgang der Zeitwerte der Immobilieninvestments um 10 % entspricht einer Wertminderung um 136,2 Mio. €.

Die Marktrisikokonzentrationen bezeichnen das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken im Bereich der Kapitalanlagen eingeht, die ein bedeutendes Ausfallpotenzial haben. Wie die gesamte deutsche Versicherungsbranche weist auch die HUK-COBURG-Krankenversicherung wesentliche Risikopositionen gegenüber inländischen Banken auf. Diese Papiere sind zu wesentlichen Teilen besichert. Entwicklungen von Anlageschwerpunkten werden laufend durch detaillierte Auswertungen überwacht.

Währungsrisiken werden in begrenztem Umfang eingegangen, um die weltweite Diversifikation zu nutzen. Der Anlagebestand in Fremdwährung wird unter Beachtung der Risikotragfähigkeit streng limitiert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen insbesondere aus Versicherungsverträgen nicht jederzeit nachkommen zu können. Die Liquidität wird durch die Aufstellung von Finanzplänen gesteuert. Zur Feinsteuerung wird der kurzfristige Finanzplan eingesetzt, in dem täglich alle Zahlungseingänge und -ausgänge der kommenden zwei Monate erfasst werden. Zudem wird monatlich ein Finanzplan aktualisiert, der alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme der kommenden zwölf Monate enthält. Durch den Planungszeitraum von fünf Jahren lassen sich darüber hinaus eventuelle Liquiditätslücken in der Zukunft erkennen. Die aufgestellten Finanzpläne zeigen eine ausreichende Liquiditätsversorgung.

Weitere Systeme zur Risikominderung

Durch das Portfoliomanagementsystem werden externe und interne Limite laufend technisch überwacht und Risikoanalysen sowie detaillierte Szenariorechnungen und Performanceanalysen durchgeführt.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko ist das Risiko, dass fällige Zahlungen eines Schuldners nicht beglichen werden.

Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern darf in der substitutiven Krankenversicherung wegen der Versicherungspflicht auch bei Beitragsrückstand nicht gekündigt werden. Im Rahmen des Forderungsmanagements wird bereits frühzeitig einem möglichen Ausfall entgegengewirkt. Zur Berücksichtigung des Ausfallrisikos von Beitragsforderungen sind ausreichende Pauschal- und Einzelwertberichtigungen gebildet worden. Die ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen bei der HUK-COBURG-Krankenversicherung 12,2 Mio. €. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre, gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen, belief sich auf 0,03 %. Das verbleibende bilanzielle Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegen Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler spielt aufgrund des Volumens möglicher Ausfälle grundsätzlich für die Entwicklung der Gesellschaft keine bedeutsame Rolle.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen im Rahmen der ausgegliederten Tätigkeiten in betrieblichen Systemen oder Prozessen, insbesondere in Form von betrieblichen Risiken, die aus IT- oder Immobilien-Betrieb sowie aus menschlichem Versagen resultieren. Operationelle Risiken umfassen darüber hinaus rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen sowie das Risiko, dass sich die Aufbau- und Ablauforganisation als nicht angemessen herausstellt.

Eine wesentliche Rolle spielt hinsichtlich des Risikos aus IT-Betrieb die adäquate Unterstützung der Geschäftsprozesse durch die Informationstechnologie. Durch mögliche Systemausfälle kann es z. B. zu einer unzureichenden Kundenbetreuung kommen. Speziell im Bereich des Internetvertriebs können Sicherheitslücken zu einem Imageverlust führen. Auf Basis eines umfangreichen Sicherheitskonzepts zur Datenverarbeitung wird diesen Risiken begegnet.

Die Risiken aus Cyberkriminalität bleiben nach wie vor hoch, u. a. auch angetrieben durch weltweite Konflikte. Mobiles Arbeiten hat sich im Unternehmen etabliert. Damit geht ein höheres Risiko einher, weil in zunehmendem Maß auch außerhalb der gesicherten Umgebung des Unternehmens gearbeitet wird, wodurch eine erhöhte Anfälligkeit für Social Engineering vermutet wird. Ransomware-Angriffe stellen aber unverändert die größte cyberkriminelle Bedrohung dar. Auf der Angreiferseite entwickelt sich eine professionelle cyberkriminelle Arbeitsteilung. Neue Angriffsmethoden werden als Dienstleistung angeboten und damit vielen Angreifern zugänglich gemacht. Auch künstliche Intelligenz wird hierfür zunehmend genutzt. Neben den auch zukünftig zu betreibenden und auszubauenden präventiven Maßnahmen zur Verhinderung erfolgreicher Angriffe ist es notwendig, sich weiterhin auf Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung von erfolgreichen Angriffen und die Reaktion darauf zu fokussieren, um auch im Falle einer erfolgreichen Attacke die größtmögliche Operationsfähigkeit und Fähigkeit zur Wiederherstellung betroffener Systeme zu gewährleisten.

Die Handhabung von Ausnahmesituationen ist in Handbüchern zum Business Continuity Management dokumentiert. Die Verhaltens- und Verfahrensregelungen zur inneren und äußeren Sicherheit sind in einer Richtlinie als Teil des Informationssicherheitsmanagementsystems zusammengefasst und werden vom Beauftragten für physische Sicherheit verantwortet.

Das Risiko fehlerhafter Bearbeitung oder doloser Handlungen wird durch stichprobenhafte Prüfungen von Bearbeitungsvorgängen minimiert. Daneben unterliegen alle Auszahlungen und Verpflichtungserklärungen strengen Berechtigungs- und Vollmachtsregelungen, sodass dolose Handlungen verhindert oder zumindest erschwert werden. Darüber hinaus wird allgemein im Bereich der Personalrisiken durch eine effiziente Stellenbesetzungs- und Nachfolgeplanung, die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe sowie durch verstärkte Personalmarketingmaßnahmen einem Personalengpassrisiko und dem Risiko aus mangelnder Qualifikation vorgebeugt. Ergänzend wirken die Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Die personalwirtschaftliche Situation des Unternehmens wird im Rahmen des Personalcontrollings kontinuierlich überprüft, um Personalrisiken frühzeitig zu identifizieren und geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Rechtlichen Risiken wird durch das frühzeitige Ergreifen angemessener Maßnahmen wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen und Bedingungen oder der Neuauflage von Tarifen begegnet. Die laufende Verfolgung möglicher neuer Regelungen und Gesetzentwürfe gewährleistet, dass auf Veränderungen frühzeitig reagiert werden kann. Entsprechend der laufenden Berichterstattung zu einzelnen Gerichtsurteilen können unabhängig von der Frage einer rechtlichen Bindungswirkung Imageverluste entstehen. Wesentliche Risiken sind hieraus allerdings derzeit nicht erkennbar. Das Risiko, dass sich Beitragsanpassungen als unwirksam erweisen könnten, wird derzeit als begrenzt für die Gesellschaft angesehen.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung bedient sich der Aufbauund Ablauforganisation der HUK-COBURG. Das Risiko aus Aufbauund Ablauforganisation besteht darin, dass die systematisch gestalteten organisatorischen Maßnahmen und Kontrollen in den einzelnen Organisationseinheiten bzw. in den Einzelgesellschaften und in der Versicherungsgruppe nicht angemessen oder wirksam sind. Durch die Implementierung eines wirksamen und funktionsfähigen Internen Kontrollsystems sowie dessen planmäßige Überwachung durch die Interne Revision wird diesem Risiko entgegengewirkt. Der Minimierung der Risiken aus fehlerhafter Bearbeitung dienen darüber hinaus auch die umfassende maschinelle Unterstützung von Arbeitsabläufen und die ständige Erweiterung dieses Instrumentariums.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken können sich für die HUK-COBURG-Krankenversicherung aus strategischen Geschäftsentscheidungen und aus deren Nichtanpassung an ein geändertes politisches und wirtschaftliches Umfeld ergeben. Für das strategische Risiko sind überwiegend externe Faktoren maßgeblich, die das politische, ökonomische, technologische, soziale und ökologische Umfeld betreffen.

Daher sind laufend Anpassungsbedarfe an geänderte Kundenbedürfnisse zu identifizieren und Anpassungen vorzunehmen, die Produktpalette gegebenenfalls zu aktualisieren, auf Veränderungen der Wettbewerbssituation zu reagieren, die Vertriebskanäle den Marktgegebenheiten anzupassen und technologische Fortschritte zu nutzen.

In regelmäßigen Sitzungen des Vorstandes, in Ressort- und Abteilungsbesprechungen, ergänzt um strategische Arbeitsgruppen, und im Rahmen des Dialogs zwischen Prozessverantwortlichen und Risikomanagement-Funktion werden die Ergebnisse der laufenden Beobachtung des externen Umfelds analysiert. Durch eine sich daraus gegebenenfalls ergebende Prüfung und Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategien — im jährlichen Turnus oder ad hoc — sowie eine konsequente Umsetzung der Änderungen in den betreffenden Abteilungen wird den strategischen Risiken der Gesellschaft begegnet.

Strategische Entscheidungen erfolgen stets auch unter Beachtung der Reputation des Unternehmens.

Durch negative Darstellungen in der Öffentlichkeit können für die HUK-COBURG-Krankenversicherung Reputationsrisiken entstehen. Ursache solcher negativen Darstellungen könnten beispielsweise unzufriedene Kundinnen und Kunden sein, die sich an die Öffentlichkeit wenden, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, deren Interessen der HUK-COBURG-Krankenversicherung entgegenstehen. Es sind derzeit keine wesentlichen Risiken für die Reputation der HUK-COBURG-Krankenversicherung erkennbar. Dazu trägt auch die vorbeugende Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft bei. So begegnet die HUK-COBURG-Krankenversicherung den beschriebenen Reputationsrisiken zum einen durch eine intensive Beobachtung der öffentlichen Meinung, inklusive der sozialen Medien, um schnell auf negative Darstellungen reagieren zu können. Zum anderen pflegt die Gesellschaft eine bewusste, dauerhafte und offene Kommunikation mit der Öffentlichkeit mit dem Ziel, Verständnis für das Agieren des Unternehmens zu wecken.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Durch ihre bedarfsgerechte Produkt- und Preispolitik ist die HUK-COBURG-Krankenversicherung gut aufgestellt und wird die sich bietenden Chancen am Markt konsequent weiter nutzen. Zudem unterstützt ein systematisches Innovationsmanagement die Weiterentwicklung des Geschäfts- und Betriebsmodells. Gleichzeitig kann durch die ausgewogene Kapitalanlagepolitik angemessen an den Finanzmarktentwicklungen partizipiert werden. Die HUK-COBURG-Krankenversicherung berücksichtigt ökologische, soziale und Governance-Aspekte im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit.

Das Risikomanagement der HUK-COBURG-Krankenversicherung ist so gestaltet, dass Risiken, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage auswirken könnten, frühzeitig erkennbar sind. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen und/oder von neu auftretenden Risiken wird gewährleistet, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen begegnet werden kann.

Die aufsichtsrechtlich nach § 89 VAG erforderliche Ausstattung mit Eigenmitteln in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung wird deutlich übererfüllt.

Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Zum 31.12.2024 besitzt die HUK-COBURG-Holding AG, Coburg, 100,0 % der Anteile am Grundkapital der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG.

Der gemäß § 312 AktG aufgestellte Abhängigkeitsbericht des Vorstandes enthält folgende Schlusserklärung:

»Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch nicht benachteiligt worden. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden Unternehmens oder mit einem mit ihm verbundenen Unternehmen sind im Berichtsjahr 2024 nicht getroffen oder unterlassen worden.

Voraussichtliche Entwicklung

Marktprognosen

In der privaten Krankenversicherung erwartet der GDV für 2025 ein Beitragswachstum von 7,5 %. Dies beruht auf einer Reihe von Einflussfaktoren. Zum einen hält der Trend, mit privaten Zusatzversicherungen die Leistungen der GKV zu ergänzen, weiter an. Zum anderen dürften Arbeitgeber im Wettbewerb um Fachkräfte und im Sinne einer langfristigen Unternehmensbindung ihrer Beschäftigten vermutlich auch künftig vermehrt auf Produkte der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) und der betrieblichen Pflegezusatzversicherung (bPV) setzen. Daneben dürften sich deutlich

steigende Gesundheitskosten durch Beitragsanpassungen bemerkhar machen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden internationalen Konflikte und der weiteren konjunkturellen Entwicklung sind die versicherungswirtschaftlichen Prognosen mit hoher Unsicherheit behaftet.

Unternehmensentwicklung

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung geht davon aus, dass 2025 der Bestand nach Monatssollbeiträgen und die Beitragseinnahmen deutlich ansteigen. Diese Steigerungen sind dabei nicht nur auf Beitragsanpassungen zurückzuführen, sondern auch auf das weiterhin hohe Neugeschäft.

Der Bestand an vollversicherten Personen bleibt auf Vorjahresniveau. Die Gesellschaft erwartet – aufgrund der Attraktivität ihrer Produkte, dem bedarfsgerechten Kundenservice und der sehr guten Sicherheitsausstattung – ihre Marktpositionierung halten zu können. Zudem arbeitet die HUK-COBURG-Krankenversicherung traditionell mit sehr niedrigen Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen, sodass Produkte mit einem hervorragenden Preis-Leistungs-Verhältnis angeboten werden können.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden 2025 nach einem starken Anstieg im Berichtsjahr stetig steigend, aber auf vergleichsweise stabilen Niveau erwartet. Bei dieser Einschätzung werden auch das Bestandswachstum nach Beitrag sowie Aspekte des medizinischen Fortschritts, der Inflation und der Bestandsalterung berücksichtigt.

Im Kapitalanlagebereich wird von Zinsen oberhalb des Niveaus zum Berichtsjahresende ausgegangen, demgegenüber werden etwas niedrigere Aktienkurse erwartet. Bei deutlich wachsendem Kapitalanlagebestand zeigt sich ein Kapitalanlageergebnis auf Niveau des Berichtsjahres, welches von Erträgen aus Zuschreibungen und Abgangsgewinnen profitiert.

Gestiegene Risiken ergeben sich im Beurteilungszeitraum hinsichtlich des weiteren Verlaufs geopolitischer Krisen und der konjunkturellen Entwicklung. Die Prognosen sind mit einer sehr hohen Unsicherheit behaftet.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung geht für das Jahr 2025 von einem deutlich verbesserten Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit aus. Insgesamt wird mit einer höheren RfB-Zuführung, aber auch mit einem deutlich höheren Jahresüberschuss nach Steuern gerechnet.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die HUK-COBURG tätig waren, danken wir für den auch im Jahr 2024 gezeigten Einsatz. Unser Dank gilt ebenso unserem Kooperationspartner BAR-MER und allen weiteren Vertriebspartnern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bestätigung des Lageberichts

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im vorgelegten Lagebericht der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG dargestellte Geschäftsverlauf und das Geschäftsergebnis sowie die Lage der Gesellschaft den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Gleiches gilt für die Beschreibung der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft.

	Coburg,	den	3.	März	2025
--	---------	-----	----	------	------

Der Vorstand

	Heitmann	Gronbach		Dr. Herøy	
Dr. Reck	Dr. Rheinländer		Sehn		Thomas



Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite				
		2024		2023
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche				
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		140,000,00		100 500 00
II. geleistete Anzahlungen		146.620,90		123.522,69 103.248,04
II. Geleistete Arizaniungen			146.620,90	226.770,73
B. Kapitalanlagen			140.020,30	220.770,73
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen				
und Beteiligungen				
Anteile an verbundenen Unternehmen		39.444.352,28		39.444.352,28
2. Beteiligungen		10.844.365,57		10.844.365,57
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen				
und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3.428.150.691,04		3.265.702.015,23
2. Inhaberschuldverschreibungen und				
andere festverzinsliche Wertpapiere		5.067.598.239,41		4.570.143.192,14
3. Hypotheken-, Grundschuld- und				
Rentenschuldforderungen		40.396.807,98		17.977.669,96
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.772.968.166,85			1.770.778.631,84
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	748.713.533,10			719.542.547,86
		2.521.681.699,95		2.490.321.179,70
5. Andere Kapitalanlagen				1,00
0.5			11.108.116.156,23	10.394.432.775,88
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abge-				
schlossenen Versicherungsgeschäft an:	14 400 500 11			12 200 405 17
 Versicherungsnehmer Versicherungsvermittler 	14.428.593,11 827.103,08			13.398.495,17
2. Versicherungsvermittler	027.103,00	15.255.696,19		4.750,54
II. Sonstige Forderungen		71.797.912,77		141.293.564,20
davon gegenüber verbundenen Unternehmen:		71.737.312,77		141.233.304,20
€ 55.749.729 (Vorjahr: Tsd. € 132.994)				
2 0011 1011 20 (Voljaini 10ai 2 102100 1)			87.053.608,96	154.696.809,91
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		79.180,40		138.325,45
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten,				
Schecks und Kassenbestand		_		2.789.992,88
III. Andere Vermögensgegenstände		391.137,54		807.638,41
			470.317,94	3.735.956,74
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		87.575.522,15		73.536.847,43
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		22.078.300,37		24.202.801,62
			109.653.822,52	97.739.649,05
Summe der Aktiva			11.305.440.526,55	10.650.831.962,31

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind. Coburg, den 3. März 2025

Prof. Dr. Kraft, Treuhänder

Passivseite				
		2024		2023
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	66.000.000,00			66.000.000,00
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender				
Einlagen	33.000.000,00			33.000.000,00
		33.000.000,00		33.000.000,00
II. Kapitalrücklage		50.037.243,88		50.037.243,88
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	1.022.583,76			1.022.583,76
2. andere Gewinnrücklagen	97.936.184,75			89.036.184,75
		98.958.768,51		90.058.768,51
IV. Jahresüberschuss		3.900.000,00		8.900.000,00
			185.896.012,39	181.996.012,39
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		12.366.100,00		11.752.200,00
II. Deckungsrückstellung		10.432.992.479,00		9.761.420.092,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte				
Versicherungsfälle		333.817.333,00		297.697.293,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und				
erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige	219.162.895,33			284.282.346,35
2. erfolgsunabhängige	15.211.301,43			12.940.256,87
		234.374.196,76		297.222.603,22
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		354.000,00		1.050.000,00
			11.013.904.108,76	10.369.142.188,22
Übertrag			11.199.800.121,15	10.551.138.200,61

		2024		2023
	€	€	€	€
Übertrag			11.199.800.121,15	10.551.138.200,61
C. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		6.746.204,30		594.328,20
II. Sonstige Rückstellungen		4.760.587,40		7.040.036,82
			11.506.791,70	7.634.365,02
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen				
Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	89.246.721,23			83.831.177,54
2. Versicherungsvermittlern	15,00			212.865,56
		89.246.736,23		84.044.043,10
II. Sonstige Verbindlichkeiten		3.893.197,75		6.918.817,99
davon:				
aus Steuern:				
387.373 € (Vorjahr: 522 Tsd. €)				
			93.139.933,98	90.962.861,09
E. Rechnungsabgrenzungsposten			993.679,72	1.096.535,59
Summe der Passiva			11.305.440.526,55	10.650.831.962,31

Die Deckungsrückstellung in Höhe von 10.432.992.479 \in ist gemäß § 156 Abs. 2 VAG berechnet.

Coburg, den 3. März 2025 Jabbour, Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

	2024		2023
	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.825.552.697,49		1.728.044.743,54
b) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-613.900,00		-720.600,00
		1.824.938.797,49	1.727.324.143,54
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für			
Beitragsrückerstattung		55.408.612,27	44.645.959,79
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	2.292.340,96		980.326,24
davon:			
aus verbundenen Unternehmen:			
1.919.182 € (Vorjahr: 529 Tsd. €)			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	258.525.994,63		221.398.729,50
c) Erträge aus Zuschreibungen	6.484.532,14		47.678.114,52
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	5.206.606,47		6.087.038,76
		272.509.474,20	276.144.209,02
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene		10.355.170,40	13.164.520,97
Rechnung			
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene			
Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	1.260.592.275,61		1.173.587.654,23
b) Veränderung der Rückstellung für noch			
nicht abgewickelte Versicherungsfälle	36.120.040,00		26.017.109,00
		1.296.712.315,61	1.199.604.763,23
6. Veränderung der übrigen versicherungs-			
technischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung	-671.572.387,00		-630.028.334,00
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	696.000,00		-50.000,00
		-670.876.387,00	-630.078.334,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und			
erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			
für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige	33.172.819,53		71.521.932,66
b) erfolgsunabhängige	6.950.985,05		8.260.315,93
		40.123.804,58	79.782.248,59

	2024		2023
	€	€	€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene			_
Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	51.826.607,60		56.549.554,80
b) Verwaltungsaufwendungen	15.899.894,00		16.772.070,65
		67.726.501,60	73.321.625,45
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von			
Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und			
sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	5.612.371,31		5.079.686,00
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	39.787.583,51		22.582.291,08
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.203.612,06		10.845.639,45
		47.603.566,88	38.507.616,53
10. Sonstige versicherungstechnische			
Aufwendungen für eigene Rechnung		20.009.014,29	21.084.033,00
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene			
Rechnung		20.160.464,40	18.900.212,52
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	1.659.223,75		1.227.558,73
2. Sonstige Aufwendungen	4.315.215,89		6.949.632,29
		-2.655.992,14	-5.722.073,56
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		17.504.472,26	13.178.138,96
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.491.989,99		4.200.713,95
5. Sonstige Steuern	112.482,27		77.425,01
		13.604.472,26	4.278.138,96
6. Jahresüberschuss		3.900.000,00	8.900.000,00

Anhang

Angaben gemäß § 264 Absatz 1a HGB

Die Gesellschaft wird als "HUK-COBURG-Krankenversicherung AG" beim Amtsgericht Coburg im Handelsregister unter der Nummer "HRB 1537" mit Sitz in Coburg geführt.

Maßgebliche Rechtsvorschriften

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Soweit ergänzende Angaben aus der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sind, werden diese im Anhang nicht gesondert erläutert.

Die Gesellschaft betreibt aktuell weder passives noch aktives Rückversicherungsgeschäft, das einen gesonderten Ausweis im Jahresabschluss erforderlich macht.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeines

Für die Bilanzierung und Bewertung der Aktiva und Passiva haben wir die Grundsätze des HGB angewendet.

Leerposten werden gemäß § 265 Abs. 8 HGB nicht angegeben.

Währungsumrechnung

Für die auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wird gemäß § 256a HGB der Wert in Originalwährung zum Devisenkassamittelkurs am Stichtag in Euro umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wird dabei das Anschaffungskostenprinzip beachtet. Dabei werden die Grundsätze des strengen Niederstwertprinzips angewandt.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet.

Ab- und Zuschreibungen aufgrund von Währungskursschwankungen sind unter Abschreibungen auf Kapitalanlagen bzw. Erträge aus Zuschreibungen ausgewiesen.

Umrechnungsgrundlage zur Ermittlung der Währungskursgewinne und -verluste ist der Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag.

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rech-

ten und Werten sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von fünf bis zehn Jahren.

Geleistete Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bewertet.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Sie werden zu Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Beteiligungen

Sie werden zu Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Anteile oder Aktien an Investmentvermögen

Der Ansatz der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Aktien, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet. Wie Umlaufvermögen behandelte Aktien werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Verbindung mit § 341b Abs. 2 HGB mit ihrem Zeitwert bzw. dem beizulegenden Wert aufgrund vorübergehender zinsinduzierter Wertminderung bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Ansatz der Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird nach der Effektivzinsmethode bis zum Laufzeitende aufgelöst. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, sofern sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB bewertet. Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, deren Restlaufzeit weniger als ein Jahr beträgt, erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Bei Inhaberschuldverschreibungen und Sonstigen Ausleihungen, deren Verzinsung variabel ist, erfolgt regelmäßig eine Absicherung der Zinsänderungsrisiken durch Receiver Zins Swaps. Bei einzelnen Inhaberschuldverschreibungen und Sonstigen Ausleihungen erfolgte eine Absicherung gegen steigende Zinsen durch Payer Zins Swaps. Die Absicherung des Nominalvolumens i. H. v. 96 Mio. € erfolgt in Form von Micro-Hedges, deren Laufzeiten an die Laufzeit des jeweiligen Grundgeschäftes (von ein bis 49 Jahre) gebunden sind. Grund- und Sicherungsgeschäft unterliegen dabei

demselben Risiko und unterliegen bei dessen Eintritt gegenläufigen Wertentwicklungen. Für diese Zins Swaps werden daher Bewertungseinheiten mit den Grundgeschäften gebildet. Die Messung der Effektivität erfolgt nach der Hypothetical-derivative-Methode. Der ineffektive Teil der Bewertungseinheit wird bilanziell berücksichtigt. Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft werden nicht gebucht, soweit sie auf den effektiven Teil der Bewertungseinheit entfallen (Einfrierungsmethode). Die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken beträgt 0,1 Mio. €.

$\label{thm:conditional} \textbf{Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen}$

Sie werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Namensschuldverschreibungen

Diese sind mit dem Nennwert bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen

Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird nach der Effektivzinsmethode bis zum Laufzeitende aufgelöst.

Andere Kapitalanlagen

Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten angesetzt.

Ermittlung der Zeitwerte von Kapitalanlagen

Die beizulegenden Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen werden nach dem Net-Asset-Value-Verfahren festgestellt.

Die beizulegenden Werte der Beteiligungen werden nach dem Ertragswert- bzw. DCF-Verfahren festgestellt.

Die Zeitwerte der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, der Namensschuldverschreibungen sowie der Schuldscheinforderungen und Darlehen werden anhand der Barwertmethode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven ermittelt. Bei strukturierten Produkten mit einfachen Kündigungsrechten werden zusätzlich Volatilitätskurven in die Berechnung einbezogen.

Für die übrigen börsennotierten Kapitalanlagen wird der Börsenkurs am Abschlussstichtag und für die verbleibenden zerlegungspflichtigen strukturierten Produkte wird ein Kurswert auf Grundlage externer Bewertungen angesetzt.

Die Zeitwerte für nicht börsennotierte Anteile an Investmentvermögen werden auf Basis von Rücknahmewerten bestimmt.

Der Zeitwert des Vorkaufs in Höhe von 32,2 Tsd. € ermittelt sich aus der Differenz des Zeitwertes der Sonstigen Ausleihung zwischen Handelstag des Vorkaufs und dem Bilanzstichtag.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen

Diese werden zum Nennwert angesetzt.

Für die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden für voraussichtlich nicht einbringbare Anteile Einzelwertberichtigungen und aufgrund des allgemeinen Kreditrisikos Pauschalwertberichtigungen nach den Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelt und aktivisch abgesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten abzüglich linearer und außerplanmäßiger Abschreibung bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 13 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 250,01 € bis 1.000 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Vorräte sind mit dem gleitenden Durchschnittspreis bewertet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand und Andere Vermögensgegenstände sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Diese sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Unter den Sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Agiobeträge aktiviert und werden auf die Laufzeit verteilt.

Passiva

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Gesellschaft weist keine Rückversicherungsanteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen auf.

Beitragsüberträge

Diese sind taggenau, unter Berücksichtigung des Kostenabzugs nach dem BMF-Erlass vom 30.04.1974, berechnet.

Deckungsrückstellung

Diese ist nach der in den Geschäftsplänen festgelegten Methode berechnet worden. Der durchschnittliche Rechnungszins beträgt 1,74 %.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist auf der Basis der laufenden Geschäftsjahresschäden ermittelt.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist unter Beachtung des BMF-Schreibens vom 02.02.1973 berechnet.

Rückstellungen für die erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung ist gemäß der geschäftsplanmäßigen Erklärung vom 25.10.1988 und nach § 8 des Poolvertrages zur Pflegepflichtversicherung ermittelt.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung ist für vereinnahmte AMNOG-Rabatte und nach § 150 Abs. 4 VAG gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Diese umfassen Rückstellungen für zukünftige Rechtsrisiken, welche mit dem erwarteten Streitwert bewertet sind.

Andere Rückstellungen

Der Wertansatz der Steuerrückstellungen und Sonstigen Rückstellungen erfolgt nach dem notwendigen Erfüllungsbetrag.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Diese werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die einbehaltenen Disagiobeträge sind als Posten der Rechnungsabgrenzung passiviert und werden auf die Laufzeit verteilt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen aus Vorkäufen von Sonstigen Ausleihungen und Inhaberschuldverschreibungen im Volumen von 10,0 Mio. €.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Aufgrund §§ 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal zwei Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen.

Eine Inanspruchnahme der Gesellschaft durch den Sicherungsfonds ist sehr unwahrscheinlich. Seit Gründung des Sicherungsfonds im Jahr 2004 gab es keine finanzielle Notlage eines Krankenversicherungsunternehmens, die eine Übernahme durch den Sicherungsfonds erforderlich machte. Auch aktuell gibt es dafür keine Hinweise.

Krankenversicherungsunternehmen haben durch den regelmäßigen Beitragszahlungsstrom eine sehr gute Liquiditätslage und durch das Recht auf Anpassung der Beiträge die Möglichkeit, in absehbarer Zeit auf externe Veränderungen zu reagieren. Unter Solvabilität II wird regelmäßig nachgewiesen, dass auch in einem 200-Jahres-Stress genügend Eigenkapital zur Verfügung steht. Dabei weist die Branche eine hohe Überdeckung auf. Aufgrund dessen kann davon ausgegangen werden, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Insolvenzfalls in der Branche sehr gering ist.

Zugehörigkeit zu Konzernen

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG ist ein mit der HUK-COBURG-Holding AG, Coburg, verbundenes Unternehmen. Das zu 50 % eingezahlte gezeichnete Kapital befindet sich zu 100 % im Besitz der HUK-COBURG-Holding AG.

Nachzahlungsverpflichtungen bestehen nicht.

Der Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss (befreiender Konzernabschluss und Konzernlagebericht) der HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg, Coburg, (HUK-COBURG) einbezogen, welche den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt.

Dieser wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Bilanzerläuterungen

Akt	Aktiva						
lmr	mmaterielle Vermögensgegenstände						
und	d Kapitalanlagen						
		Bilanzwerte	Zugänge				
Ent	wicklung im Geschäftsjahr 2024 in €	Vorjahr					
A.	Immaterielle Vermögensgegenstände						
	I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche						
	Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte						
	sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	123.522,69	4.046,00				
A.	II. geleistete Anzahlungen	103.248,04					
В.	I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen						
	und Beteiligungen						
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	39.444.352,28	_				
	2. Beteiligungen	10.844.365,57					
	3. Summe B. I.	50.288.717,85	_				
В.	II. Sonstige Kapitalanlagen						
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen						
	und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.265.702.015,23	197.959.992,21				
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere fest-						
	verzinsliche Wertpapiere	4.570.143.192,14	812.971.300,47				
	3. Hypotheken-, Grundschuld- und Renten-						
	schuldforderungen	17.977.669,96	25.010.361,81				
	4. Sonstige Ausleihungen						
	a) Namensschuldverschreibungen	1.770.778.631,84	57.000.000,00				
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	719.542.547,86	76.800.154,96				
	5. Andere Kapitalanlagen	1,00					
	6. Summe B. II.	10.344.144.058,03	1.169.741.809,45				
Ins	gesamt	10.394.659.546,61	1.169.745.855,45				

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte
103.248,04	_	_	84.195,83	146.620,90	<u> </u>
-103.248,04		_		_	
				39.444.352,28	60.685.000,00
	_	_		10.844.365,57	16.948.522,59
_		_		50.288.717,85	77.633.522,59
_	8.486.938,40	6.294.997,13	33.319.375,13	3.428.150.691,04	3.629.216.239,90
	000 040 044 00		0.400.000.00	5 007 500 000 44	4.500.000.400.00
_	309.048.044,82	_	6.468.208,38	5.067.598.239,41	4.530.239.130,26
_	2.591.223,79	_	_	40.396.807,98	41.929.363,39
	2.001.1220,1.0			.0.000.00.,00	
_	55.000.000,00	189.535,01	_	1.772.968.166,85	1.634.104.260,06
_	47.629.169,72	_		748.713.533,10	708.319.546,22
_	1,00				
_	422.755.377,73	6.484.532,14	39.787.583,51		10.543.808.539,83
	422.755.377,73	6.484.532,14	39.871.779,34 *	11.108.262.777,13	10.621.442.062,42

^{*} In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 6.468.208 € und gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von 33.311.229 € enthalten.

Investmentanteile werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 365.852.720 € (Buchwert: 381.326.663 €) ausgewiesen. Auf eine Abschreibung der Investmentanteile wurde wegen vorübergehender Wertminderung aufgrund Zinsanstieg bei festverzinslichen Schuldtitel Spezialfonds verzichtet.

Inhaberschuldverschreibungen werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 2.765.593.563 € (Buchwert: 3.356.020.270 €), Namensschuldverschreibungen in Höhe von 1.237.221.640 € (Buchwert: 1.390.000.000.000 €) und Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 401.352.724 € (Buchwert: 453.285.712 €) ausgewiesen.

Auf eine Abschreibung der Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurde wegen Ablaufrückzahlung zum Nominalwert verzichtet.

Bilanzerläuterungen

Aktiva

B. Kapitalanlagen

- I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
- 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

(mittelbare und unmittelbare Besitzanteile i, S, d, § 285 Nr. 11 HGB)

	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis des Geschäftsjahres
	%	€	€
HC Immobiliengesellschaft Essen 1 GmbH & Co. KG, Coburg	60,00 %	19.691.748	767.376
HC Gateway Gardens GmbH & Co. KG, Coburg	30,00 %	41.054.774	2.426.341
HUK-COBURG-Immobilien-Gesellschaft Künzell GbR, Coburg	25,00 %	5.875.030	245.123
HC Immobiliengesellschaft Hannover mbH & Co. KG, Coburg	42,84 %	48.880.426	30.586.965

II. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Gesellschaft hielt Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 KAGB bzw. vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen von mehr als 10 %. Hierunter befanden sich keine Anteile an Investmentvermögen, bei denen die Rücknahme der Anteile ausgesetzt wurde. Rentenfondsanteile wiesen dabei einen Marktwert von 1.768,3 Mio. € und stille Lasten von 37,0 Mio. € auf. Für das Berichtsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 49,7 Mio. €. Der Marktwert der Dachfondsanteile von 714,2 Mio. € lag mit 91,1 Mio. € über dem Buchwert. Für 2024 wurden Ausschüttungen in Höhe von 15,4 Mio. € vorgenommen. Hinsichtlich der Aktienfondsanteile ergaben sich bei den Marktwerten von 94,5 Mio. € stille Reserven in Höhe von 9,7 Mio. €. Für 2024 wurden 2,4 Mio. € ausgeschüttet. Der Marktwert der betreffenden Immobilienfonds von 812,9 Mio. € lag mit 14,3 Mio. € über dem Buchwert. Die Ausschüttungen für 2024 beliefen sich auf 16,6 Mio. €.

Auf eine Abschreibung wurde wegen vorübergehender Wertminderung aufgrund Zinsanstieg verzichtet.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. \$	Sonstiae	Rechnungs	sabgrenzung	sposten
--------	----------	-----------	-------------	---------

ŧ

Agio auf Namensschuldverschreibungen

18.284.926

Passiva

A. Eigenkapital

I. Eingefordertes Kapital

1. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66.000.000 € und ist eingeteilt in 66.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien von je 1 €.

II. Kapitalrücklage

Im Geschäftsjahr gab es keine Zuführung in die Kapitalrücklage.

III. Gewinnrücklagen

2. andere Gewinnrücklagen

Der Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von 8.900.000 € wurde in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden Regressforderungen in Höhe von 1.378.385 € abgesetzt. Aus der Vorjahresreserve ergab sich ein Abwicklungsgewinn von 12.905.501 €.

C. Andere Rückstellungen

II. Sonstige Rückstellungen

In den Sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Rückstellungen für sonstiger sächlicher Aufwand (Prozesskosten) in Höhe von 2.352.000 € und Werbegebühren in Höhe von 816.487 € enthalten.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

€

Disagio auf Namensschuldverschreibungen

983.680

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschä	Geschäftsjahr		ahr
	laufende	Einmal-	laufende	Einmal-
	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge
	€	€	€	€
Krankheitskostenvollversicherungen	1.250.140.265	_	1.190.354.222	_
Krankentagegeldversicherungen	21.829.280	_	22.351.210	<u> </u>
Krankenhaustagegeldversicherungen	5.674.268	_	6.215.847	_
Krankheitskostenteilversicherungen	204.460.734	_	190.084.849	_
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	31.599.532	_	29.803.021	_
Pflegepflichtversicherung	237.803.246	_	211.416.794	_
Geförderte Pflegevorsorge	15.376.010	_	15.626.025	_
Beihilfeablöseversicherung	32.608.888	_	37.322.102	_
Auslandsreisekrankenversicherung	_	26.060.475	_	24.870.673
	1.799.492.222	26.060.475	1.703.174.071	24.870.673

Bei den gebuchten Beiträgen handelt es sich um Einzelbeiträge. Auf den Beitragszuschlag nach § 149 VAG entfallen Beiträge in Höhe von 59.172.021 €, die ausschließlich die Krankheitskostenvollversicherung betreffen.

Zahl der versicherten natürlichen Personen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Krankheitskostenvollversicherungen	426.532	425.914
Krankentagegeldversicherungen	73.678	75.503
Krankenhaustagegeldversicherungen	103.267	103.042
Krankheitskostenteilversicherungen	701.084	665.165
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	53.004	52.171
Pflegepflichtversicherung	449.230	449.774
Geförderte Pflegevorsorge	17.564	17.675
Beihilfeablöseversicherung	14.786	17.885
Auslandsreisekrankenversicherung	2.248.057	2.401.464
Insgesamt *	1.212.016	1.176.529

^{*} Ohne Auslandsreisekrankenversicherung und Beihilfeablöseversicherung

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Beiträge aus der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	50.728.672	44.645.960
Beiträge aus der erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	4.679.940	
	55.408.612	44.645.960

Von den Beiträgen aus der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen 18.811.310 € auf die Krankheitskostenvollversicherungen, 31.645 € auf die Krankentagegeldversicherungen, 152.507 € auf die sonstige selbstständige Teilversicherungen, 1.328.553 € auf die Pflegetagegeldversicherungen, 30.194.228 € auf die Pflegepflichtversicherungen (davon 29.754.282 € poolrelevante Pflegepflichtversicherungen) und 210.429 € auf die geförderte Pflegevorsorge.

Von den Beiträgen aus der erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen 4.615.495 € auf die Krankheitskostenvollversicherung, 40.952 € auf die sonsige selbstständige Teilversicherungen und 23.493 € auf die Pflegetagegeldversicherungen.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Aus Abgängen von Kapitalanlagen sind aufgrund von Währungsumrechnung Erträge in Höhe von 75.260 € (Vorjahr: 68.970 €) entstanden.

6. a) Veränderung der Deckungsrückstellung

In der Zuführung zur Deckungsrückstellung ist eine Direktgutschrift in Höhe von 28.082.500 € gemäß § 150 Abs. 2 VAG enthalten. Im Geschäftsjahr sind 2.870.769 € (Vorjahr: 2.717.982 €) Übertragungswerte eingegangen und 2.566.584 € (Vorjahr: 2.085.796 €) Übertragungswerte abgegangen.

7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

Im Geschäftsjahr wurden die im Zusammenhang mit Art. 11a AMNOG erzielten Rabatte in Höhe von 6.465.734 € (Vorjahr: 6.709.738 €) direkt der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt.

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Aus Abgängen von Kapitalanlagen sind aufgrund von Währungsumrechnung Aufwendungen in Höhe von 38.551 € (Vorjahr: 22.426 €) entstanden.

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

		Rückstellung für Rückstellung für erfolgsabhängige erfolgsunabhängige		· ·	
	Beit	tragsrückerstattung	davon	Beitragsrück	erstattung
			Poolrelevante RfB	Betrag gemäß	Sonstiges
			aus der PPV	§ 150 Abs. 4 VAG	
		€	€	€	€
1.	Bilanzwerte Vorjahr	284.282.346	79.543.034	1.878.301	11.061.955
2.	Entnahme zur Verrechnung	50.728.672	29.754.282	327.723	4.352.217
	2.1 Verrechnung mit				
	Alterungsrückstellungen	50.207.757	29.754.282	327.723	4.352.217
	2.2 Verrechnung mit				
	laufenden Beiträgen	520.914	_	_	_
3.	Entnahme zur Barausschüttung	47.563.599	_	_	_
4.	Zuführung	33.172.820	33.117.597	485.251	6.465.734
5.	Bilanzwerte Geschäftsjahr	219.162.895	82.906.348	2.035.829	13.175.472
6.	Gesamter Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 150 VAG	6: 28.567.751 €			

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

		Geschäftsjahr	Vorjahr
		€	€
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter		
	im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene		
	Versicherungsgeschäft	8.894.802	10.412.909
2.	Löhne und Gehälter	_	_
3.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	_	_
4.	Aufwendungen für Altersversorgung	_	
5.	Aufwendungen insgesamt	8.894.802	10.412.909

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Die Erträge aus Währungsumrechnung betragen 115.557 € (Vorjahr: 36.998 €).

2. Sonstige Aufwendungen

Die Aufwendungen aus Währungsumrechnung betragen 19.791 € (Vorjahr: 46.845 €).

Personalbericht

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organe

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin Professor im Institut für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, Köln, Vorsitzender **Prof. Dr. Hans-Peter Mehring** Professor im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln i. R., Düsseldorf, stv. Vorsitzender,

bis 21.06.2024

Dr. Edmund Schwake stv. Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot & Württembergische AG i. R., Weissach, stv. Vorsitzender

seit 21.06.2024

Thomas Bechtle Gesamtbetriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Hannover, seit 21.06.2024

Silvia Bernreuther Betriebsratsvorsitzende der HUK-COBURG, Coburg

Dr. Claus-Michael Dill Vorstandsvorsitzender der AXA Konzern AG / Damp Holding AG i. R., Murnau am Staffelsee, bis 21.06.2024

Henrik FalkVorstandsvorsitzender der Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin, seit 21.06.2024Carsten Knauerfreigestellter Betriebsrat der HUK-COBURG, Neustadt, bis 21.06.2024

Annemarie König Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Celle a. D., Wertach, bis 21.06.2024

Barbara Saunier Geschäftsführerin der Beiersdorf Shared Services GmbH i. R., Dahme

Prof. Dr. Meike Tilebein
Universitätsprofessorin an der Universität Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen, seit 21.06.2024
Prof. Dr. Michaele Völler
Professorin im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln, Köln, seit 21.06.2024

Adrian Zinke stv. Betriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Niederfüllbach

Vorstand

Klaus-Jürgen Heitmann Stefan Gronbach

Dr. Hans Olav Herøy Dr. Helen Reck

Dr. Jörg Rheinländer

Thomas Sehn Daniel Thomas Sprecher

Der Aufsichtsrat erhielt 94.000 € und der Beirat 39.181 €.

Übrige Angaben

Der Abschlussprüfer hat zusätzlich zur Abschlussprüfung weitere genehmigte Leistungen für das Unternehmen erbracht. Diese betrafen die Durchführung des Workshops zur Unternehmensplanung.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung ist Gründungsmitglied des mildtätigen Vereins HUK hilft e. V. Ziel dieses durch die HUK-COBURG mit ausgewählten Tochter- und Enkelgesellschaften gegründeten Hilfsfonds ist die finanzielle Unterstützung von Personen, die in eine ihre Existenz gefährdende Notlage geraten sind.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung fällt aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit zur HUK-COBURG Versicherungsgruppe grundsätzlich in den Anwendungsbereich der OECD-Modellregelungen für die globale Mindestbesteuerung (GloBE). Aufgrund der für den Konzern anwendbaren Übergangsregelung wegen untergeordneter internationaler Tätigkeit nach § 83 MinStG fällt für die in Deutschland belegene Gesellschaft keine aus der GloBE resultierende zusätzliche Steuerbelastung an.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn (= Jahresüberschuss) des Jahres 2024 in Höhe von 3.900.000 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Vir bestätigen nach bestem Wissen, dass der vorgelegte Jahresabschluss der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG gemäß den ge
enden Rechnungslegungsgrundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslag
ler Gesellschaft darstellt.

Dr. Herøy

Coburg, den 3. März 2025

Heitmann

Der Vorstand

Dr. Reck	Dr. Rheinländer	Sehn	Thomas

Gronbach



Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen
- Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- (1) Sachverhalt und Problemstellung
- (2) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- (3) Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen

Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Sonstige Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 11.057.827.438 (97,8 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. deren Zeitwert.

Nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB können gewisse Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden. In diesem Fall werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip) und nur vorübergehende Wertminderungen als stille Lasten in Folgejahre vorgetragen. Eine Bestimmung als dauernd dem Geschäftsbetrieb dienend setzt eine Dauerhalteabsicht und -fähigkeit für diese Kapitalanlagen voraus.

Zur Ermittlung des beizulegenden Werts bzw. Zeitwerts wird – soweit vorhanden – der Marktpreis der jeweiligen Kapitalanlage herangezogen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt, insbesondere bei den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen, besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen, insbesondere mittels Barwert-Methode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven, ein erhöhtes Bewertungsrisiko.

In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Sonstigen Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, des Umfangs der in Folge des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragenen stillen Lasten sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

(2) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Sonstigen Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle, insbesondere die Barwert-Methode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Sonstigen Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen vorgenommen. Dabei haben wir die Bewertung der Wertpapiere, die mit Markt- oder Börsenpreisen bewertet werden, nachvollzogen. Bei den modellbasierten Bewertungen haben wir die Zuordnung der Rendite-Bewertungskurven zu den einzelnen Wertpapieren in Stichproben überprüft und die Höhe der Renditesätze anhand vergleichbarer Wertpapiere plausibilisiert.

Wir haben unter anderem auch die zugrunde liegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Hinsichtlich der Beurteilung vorhandener stiller Lasten haben wir gewürdigt, inwiefern die Voraussetzung zur Dauerhalteabsicht und -fähigkeit vorlagen und vorhandene Wertminderungen nicht von Dauer sind.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3 Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen sind im Anhang im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze" sowie in den Bilanzerläuterungen zu den "Aktiva" enthalten.

Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter den Bilanzposten Deckungsrückstellung, Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle versicherungstechnische Rückstellungen in Höhe von insgesamt € 11.001.184.009 (97,3 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen.

Dabei sind neben den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auch eine Vielzahl an aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die Berechnung der Rückstellungen zu berücksichtigen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen verlangt von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, der Komplexität der anzuwendenden Vorschriften und der zugrunde liegenden Berechnungen sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

(2) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der versicherungstechnischen Rückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von versicherungstechnischen Rückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind im Anhang im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze" sowie in den Bilanzerläuterungen zu dem Bilanzposten "Passiva, B. Versicherungstechnische Rückstellungen" enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Bericht über das Geschäftsjahr 2024 – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 21. Juni 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 26. August 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2017 als Abschlussprüfer der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Peters.

Nürnberg, den 5. März 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters ppa. Anna Seifert

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in sechs Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand regelmäßig über die Geschäftslage und über andere aktuelle Entwicklungen informiert und hat sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss. Dessen Aufgaben und Befugnisse sowie die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder ergeben sich aus den gesetzlichen Bestimmungen. Der Prüfungsausschuss ist im Berichtsjahr zu fünf Sitzungen zusammengekommen. Über die Arbeit im Ausschuss wurde der Aufsichtsrat regelmäßig und eingehend unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über relevante Fragen der Strategie und der Geschäftsentwicklung informiert. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs und der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung.

Besonders intensiv hat sich der Aufsichtsrat mit den volatilen Entwicklungen auf den Versicherungsund Kapitalmärkten sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvabilität II stand ebenfalls im Blickpunkt. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt.

Der Aufsichtsrat hat die wesentlichen Themen ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt sowie Geschäfte, die seiner Zustimmung bedürfen, vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht 2024 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Niederlassung Nürnberg,

geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Der Prüfungsbericht hat dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegen. Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss und unter Berücksichtigung des Prüfungsberichts den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und diesen festgestellt.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes an und empfiehlt der Hauptversammlung, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG und den vom Abschlussprüfer darüber erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Der Prüfungsbericht ist mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen:

"Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
- 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war."

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstandes geprüft und den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen.

Auch für das Jahr 2024 hat der Aufsichtsrat in Übereinstimmung mit seiner Geschäftsordnung die Effizienz seiner Tätigkeit überprüft und die Ergebnisse im Plenum diskutiert.

In der Besetzung des Aufsichtsrates hat es 2024 Veränderungen gegeben. Dr. Claus-Michael Dill, Carsten Knauer, Annemarie König und Prof. Dr. Hans-Peter Mehring sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Thomas Bechtle, Henrik Falk, Prof. Dr. Meike Tilebein und Prof. Dr. Michaele Völler wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den leitenden Angestellten und allen Mitarbeitenden für die im Geschäftsjahr 2024 geleistete Arbeit.

Coburg, den 21. März 2025

Der Aufsichtsrat

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin, Vorsitzender